

STADT FRIEDRICHSHAFEN Sitzungsvorlage Drucksache-Nr. 2012 / V 00231	Ausfertigungen: DEZ1,DEZ4
Dienststelle: Fachamt OB-Büro Aktenzeichen:	02.10.2012, Unterschrift:
Mitzeichnung (Datum, Kurzzeichen): <input type="checkbox"/> BM Krezer _____ <input type="checkbox"/> EBM Dr. Köhler _____ <input type="checkbox"/> BM Hauswald _____ <input checked="" type="checkbox"/> Oberbürgermeister _____	

Betreff: Resolution zum Bundesfernstraßenbau Anlage:				
Medien: Bitte ankreuzen. Alles, was präsentiert werden soll, muss mindestens 1 Arbeitstag vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle des Gemeinderates zugeleitet werden, damit die Präsentation gewährleistet werden kann.				
<input type="checkbox"/> MS Office 2003 Dateien (inkl. ppt, .mpp)	<input type="checkbox"/> .pdf-, htm- Dateien	<input type="checkbox"/> DVD	<input type="checkbox"/> Video (VHS)	<input type="checkbox"/> Folien (ungeeignet)

Referent und Zeitdauer: OB Brand 10 min.

Gremium:	Datum:	Zuständigkeit:	Öffentlichkeitsstatus:
Gemeinderat	15.10.2012	Beschluss	öffentlich

Ggf. Hinweis auf frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, Drucksache-Nr.):

<u>FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN</u>		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	
Kosten:	<input type="checkbox"/> einmalige Kosten		Betrag:	EUR
	<input type="checkbox"/> jährliche Folgekosten:	Personalkosten	Betrag:	EUR
		Sachkosten	Betrag:	EUR
Zuschüsse bzw.	<input type="checkbox"/> einmalige Einnahme(n)		Betrag:	EUR
Beiträge:	<input type="checkbox"/> laufende (jährlich)		Betrag:	EUR
MITTELBEREITSTELLUNG IM HAUSHALT:				
<input type="checkbox"/> Städt. Haushalt	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	Fipo:	
<input type="checkbox"/> Stiftungs-Haushalt	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	Fipo:	
Zur Verfügung stehende Mittel (Planansatz und Haushaltsausgaberest lfd. Jahr):				EUR
Noch bereitzustellen:				EUR
Deckungsvorschlag:				EUR

Beschlussantrag:

Der Resolution „Weitere Verzögerungen beim Ausbau der B 30 und B 31 nicht akzeptabel“ wird zugestimmt.

Begründung:

Ausgangslage:

Derzeit findet eine bundesweite Diskussion über die nicht ausreichenden Mittel für den Aus- und Neubau von Bundesstraßen statt. Bundesverkehrsminister Ramsauer hat angekündigt, dass für den Fall, dass nicht mehr Mittel bereitgestellt werden, künftig kaum mehr Neubauvorhaben verwirklicht werden können.

Sachverhalt:

Der Kreistag wird am 10. Oktober 2012 eine Resolution beschließen. Ziel ist eine Resolution, die von Kreistag und Gemeinderat Friedrichshafen gemeinsam getragen wird.

Der derzeitige Resolutionsentwurf:

Weitere Verzögerungen beim Ausbau der B 30 und der B 31 nicht akzeptabel

In Abstimmung mit dem Land BW sieht der Bund für Baden-Württemberg in 2013 nur noch 108 Mio. EURO und in den Folgejahren bis 2016 nur noch ca. 60 Mio. EURO für Bedarfsplanmaßnahmen (Neu- und Ausbau) bei Bundesstraßen vor.

Die Bundesmittel für Erhaltungsmaßnahmen steigen nach Anmeldung und politischem Willen der Landesregierung im gleichen Zeitraum um über 100 Mio. EURO jährlich.

Sowohl Neu- und Ausbau als auch die Erhaltung des vorhandenen Straßennetzes sind wichtig.

Angesichts der katastrophalen Verkehrssituation bei nicht ausgebauten Bundesstraßen im Bodenseekreis und in der Region fordert der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen von den Regierungen und von Bund und Land, dass die Finanzmittel für den Neu- und Ausbau von Bundesstraßen nicht derart drastisch zugunsten von Erhaltungsmaßnahmen umgeschichtet werden.

Der Gemeinderat begrüßt die Priorisierung von Neubauvorhaben in Baden-Württemberg.

Zur zeitnahen Umsetzung fordert er den Bund auf, die Mittel für Neubaumaßnahmen in 2013 ff. – wie 2012 – um jeweils ca. 100 Mio. EURO zu erhöhen und erwartet von der Landesregierung BW, diese zusätzlichen Mittel für Neubaumaßnahmen in der Region (B 30 und B 31) einzusetzen.

Zur besseren Ausstattung des Bundesstraßenhaushalts würde der Gemeinderat Friedrichshafen die schnelle Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr begrüßen. Nur durch zusätzliche und zweckgebundene Einnahmen wird es möglich sein, die Straßenverkehrsprobleme zügig und dauerhaft zu lösen.